

Antrag

öffentlich

Datum	23.05.2023	Nummer	A0117/23
Absender			
SPD-Stadtratsfraktion			
Adressat			
Vorsitzender des Stadtrates Prof. Dr. Alexander Pott			
Gremium	Sitzungstermin		
Stadtrat	22.06.2023		

Kurztitel

Machbarkeitsstudie für Süd-Ost-Tangente

Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, mit der Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt Gespräche aufzunehmen, damit die Finanzierung einer aktuellen Machbarkeitsstudie für eine Süd-Ost-Tangente für den Straßenverkehr in Magdeburg durch das Land Sachsen-Anhalt, den Bund und ggf. die EU ermöglicht wird.

Diese Machbarkeitsstudie soll nicht nur die aktuellen Kosten für eine neue östliche Umgehungsstraße und eine zusätzliche südliche Elbbrücke beinhalten. Sie soll auch klären, ob und wie eine Streckenführung durch den Stadtteil Salbke Richtung B71 möglich ist, wie die beiden Bahnstrecken gekreuzt werden können und welche Kosten hierfür notwendig wären.

Begründung

Durch die Verkehrsministerin des Landes Sachsen-Anhalt wurde am 03.05.2023 angeregt, weiter über eine zusätzliche Brückenverbindung über die Elbe nachzudenken.

Nun sind diese Überlegungen nicht neu, werden regelmäßig vor Kommunalwahlen wieder thematisiert und die Stadt hält auch seit Jahren im Osten eine Trasse hierfür frei. (Diese Trasse ist nicht mit der Erschließungs- und Entlastungsstraße für die ostelbischen Stadtteile zu verwechseln.)

Bisher wenig betrachtet wurde, ob und wie westelbisch eine Anbindung und Weiterführung Richtung B71, B81 und Autobahn möglich ist und welche Kosten hierfür entstehen würden. Denn eine Elbbrücke ergibt nur Sinn, wenn auch westelbisch eine leistungsfähige Streckenführung Richtung Westen vorhanden ist. Hierfür wären u. a. zwei neue Querungen der Bahnstrecken und der Eingriff in private Grundstücke notwendig.

Für die Erstellung einer aktuellen Machbarkeitsstudie wird bereits ein sechsstelliger Betrag als Kosten anfallen. In der aktuellen finanziellen Situation der Stadt (hohe Schulden durch Tunnel, Brücken, Stadthalle etc.) ist die zusätzliche Finanzierung einer Machbarkeitsstudie mit ungewissem Ausgang durch die Landeshauptstadt nicht zu leisten. Deshalb müssen Land und Bund, soweit sie die Notwendigkeit der Elbquerung feststellen, einen westlichen finanziellen Beitrag für eine Machbarkeitsstudie und ggf. für weitergehende Planungen leisten.

Kornelia Keune
Fraktionsvorsitzende
SPD-Stadtratsfraktion

Dr. Thomas Wiebe
Fraktionsvorsitzender
SPD-Stadtratsfraktion

Jens Rösler
Stadtrat
SPD-Stadtratsfraktion